

Es ist kein Schimpf, im Windesweh'n
Ein Wetterfähnlein sich zu dreh'n,
Das Fähnlein rostet sicher ein,
Das stärker als Gottes Wind will sein.

Paul Senfe.

Umschau.

Frankreich vor und nach dem Volksentscheid. — Der französische Ministerbesuch. — Die Machtposition Frankreichs. — Das Tributproblem. — Eine neue französische Entgleisung. —

Frankreich hat seinen deutschen Freunden wieder einmal eine herbe Enttäuschung bereitet. Die Angst der Franzosen vor einem Siege des preussischen Volksentscheides stand außer Frage. Und die mit dem Quai d'Orsay außerordentlich geschickt zusammenarbeitende französische Presse hat es vortrefflich verstanden, gewissen deutschen Kreisen wieder einmal die Augen zu streuen und die deutsch-französische Verständigung gewissermaßen als perfekt vorzugaukeln, wenn der Volksentscheid mißlänge. Vezleres ist geschehen, aber die französischen Übersprechungen sind wieder einmal in nichts zeronnen. Ja, mehr als das — dieselben Zeitungen, die noch Tags zuvor schrieben, die französische Politik werde sich im Falle eines Sieges der Braun-Regierung sofort zu Gunsten Deutschlands ändern, diese selben Zeitungen schreiben nach dem Siege Brauns das gerade Gegenteil. So z. B. der „Figaro“, es wäre kindlich zu glauben, daß der Ausgang des Volksentscheides die Entwicklung ernstlich beeinflussen könne. Braun denke genau so wie Hitler!“ So das „Echo de Paris“, daß „Deutschland morgen bleibe, was es gestern gewesen sei. Es wäre naiv, sich einzubilden, daß die zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Schwierigkeiten durch das Abstimmungsergebnis auch nur verringert seien.“ Schließlich das „Journal“: „Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß sich die Lage nach dem 9. August verändert habe und die Hindernisse für eine deutsch-französische Verständigung aus dem Wege geräumt sind. Man muß sich daran erinnern, daß zwischen Hitler und Braun nur ein Unterschied in der Wahl der Mittel besteht, um zu dem allgemeinen deutschen Ziele zu gelangen. Der Augenblick ist noch nicht gekommen, um die von Frankreich verfolgte Politik aufzugeben!“ Wir haben nie daran gezweifelt, daß Frankreich seinen Vernichtungskampf gegen das deutsche Volk konsequent und ohne Skrupel weiterführen wird. Deshalb wundern wir uns über diesen neuen, besonders lehrreichen Trümmerhaufen in den deutsch-französischen Beziehungen nicht im geringsten. Aber wir möchten in diesem Zusammenhang doch an ein Wort Napoleons I. erinnern, der einmal gesagt hat: „Keine Püße ist dumm genug, daß der Deutsche sie nicht glaubt!“

Edt französisch ist übrigens auch das Sin und Her um den Besuch Savals und Briands in Berlin. Auch dieser Besuch sollte ja ursprünglich sofort nach dem 9. August stattfinden, wenn das Volksbegehren gescheitert sei. Dann aber — unmittelbar nach dem 9. August — verbreitete das offiziöse Nachrichtenbüro der französischen Regierung die Nachricht, der Besuch solle bis nach der Genfer Rats-tagung im September verschoben werden. Es kam dann zu jenen sich dauernd widersprechenden Terminfestsetzungen, über die wir ja auch im „Aufwärts“ fortlaufend berichtet haben, bis dann schließlich die (diplomatische?) Krankheit Briands herhalten mußte, um den Besuch endgültig auf Ende September zu verschieben. Das französische Interesse an dieser Verschiebung ist klar. Zunächst hofft man, daß die deutsche Krise, deren Tiefstand — auch nach Brünnings Ansicht — ja noch nicht erreicht ist, das deutsche Volk derart germühen wird, daß es kurz überlang zur politischen Kapitulation reif ist. Und zum andern rechnen die Franzosen damit, uns vorher auf dem ihnen so sehr vertrauten Boden von Genf festzulegen, wo sie die deutschen Staatsmänner wesentlich besser unter Druck nehmen können als in Berlin. Uebrigens verbietet im Zusammenhang mit dem bevorstehenden französischen Ministerbesuch in Berlin die Ernennung des neuen französischen Botschafters in Berlin, des Herrn Francois Poncet, besonders angemerkt zu werden, da es sich hierbei um jenen Poncet handelt, der sich nicht nur in Genf immer wieder äußerst deutschfeindlich gezeigt hat, sondern der sich auch während des Ruheinbruchs im besetzten Gebiet derart brutal benommen hat, daß sich sogar gemäßigete deutsche Zeitungen darüber wundern, wie die deutsche Reichsregierung einem solchen Manne das Agrement erteilen konnte. Und ob gerade Herr Poncet der aegianete Mann ist, um gele-

gentlich des französischen Ministerbesuches in Berlin die deutsch-französische Verständigung anzubahnen, möchten wir doch mehr als bezweifeln. Wir haben vielmehr allen Grund zu der Annahme, daß Frankreich nach wie vor uns gegenüber auf dem Standpunkt steht: Ohne politische Unterwerfung keine Verständigung, und ohne eine solche „Verständigung“ keine finanzielle Hilfe!

Frankreich hat gerade im gegenwärtigen Augenblick am allerwenigsten Grund, von diesem seinen Standpunkt auch nur um Haaresbreite abzuweichen. Denn seine finanz- und machtpolitische Position ist gefestigter denn je. Zunächst schwimmt das neue Spanien nicht nur vollständig im Kielwasser Frankreichs, sondern es scheidet durch seine fortwährenden inneren Unruhen überdies so gut wie reiflos aus der Reihe der weltpolitisch mehr oder weniger bedeutsamen Schachfiguren aus. Und so nimmt es nicht wunder, daß die Gerüchte über einen bevorstehenden Verzicht Spaniens auf Marokko zu Gunsten Frankreichs zwar aus Madrid ein schwaches Dementi erhalten haben, im übrigen aber nicht verstummen wollen. Es kommt hinzu, daß Oesterreich trotz der englischen Hilfe seiner schweren Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr Herr wird und den Völkerbund um Beistand gebeten hat. Der Völkerbund — d. h. in diesem Falle Frankreich! Ob es den Engländern zum zweiten Male gelingt, Frankreichs Faust von Oesterreich fernzuhalten, erscheint sehr fraglich. Denn England befindet sich — nicht zuletzt durch die fortgesetzten Goldabzüge Frankreichs aus England — selber in einer derart schwierigen Lage, daß die leitenden Männer Englands mit schwerer Sorge in die Zukunft blicken. Von besonderer Bedeutung erscheint uns, daß sich in letzter Zeit auch in Ungarn starke Einflüsse bemerkbar machen, die darauf abzielen, um des französischen Goldes willen einen frankophilen Kurs einzuschlagen. Das Zustandekommen der internationalen Stützungsanleihe, die Frankreich zu zwei Dritteln übernommen hat, legt die Vermutung nahe, daß vorerwähnte Einflüsse hinter den Kulissen der ungarischen Politik schon eine gewisse praktische Gestalt angenommen haben. Auch die Finanzhilfe, die Frankreich Lettland hat zuteil werden lassen, ist ja ganz offenbar von der Absicht getragen, seinem europäischen Machtssystem immer neue Stützpunkte zuzufügen.

III diese Dinge spiegeln mit drastischer Realistik die Machtfülle wieder, über die Frankreich zur Zeit verfügt. Und wir betonen nochmals: Frankreich hat es in Anbetracht dieses Tatbestandes nicht nötig, von seiner klaren politischen Linie mit dem Ziel einer reiflosen Unterwerfung Europas unter die französischen Bajonette irgend- wie abzuweichen. Es denkt auch nicht daran, mit uns als gleichberechtigten Partnern zu verhandeln. Nicht einen Pfennig schenkt man uns. Und wehe dem, der an unsern Ketten zu rühren magt! Selbst der Präsident der Bank von England, Montague Norman, muß es sich gefallen lassen, daß er von den Franzosen geistig wird. Warum? — Weil er die Dreistigkeit besaß, durch seine wahrheitsgemäße Darstellung der deutschen Lage den Präsidenten Hoover zu seinem bekannten Schritte bewegen zu haben, „der einen Dolchstoß gegen die Reparationen bedeute!“ — So schreibt der „Matin“, um dann zu dem Schlusse zu kommen, daß Frankreich niemals zulassen werde, daß man über die Reparationsfrage hinter seinem Rücken verhandle, — daß Frankreich niemals die Beseitigung der Reparationen dulden werde und daß Frankreich niemals gestatten werde, die Reparationen mit den interalliierten Schulden in Verbindung zu bringen und auf eine Stufe zu stellen!“ Das ist deutlich genug. Aber auch das stolze Albion von 1914 hätte es sich sicherlich nicht träumen lassen, daß das Frankreich von heute ziemlich unverblümt die Abberufung des Präsidenten der englischen Notenbank forderte, nur weil dieser Mann nicht nach der französischen Flöte tanzt. Dem Verlauten nach ist Montague Norman dieser Tage für längere Zeit erkrankt. In führenden Finanzblättern wird ganz offen der Standpunkt vertreten, daß es sich sehr wahrscheinlich auch in diesem Fall um eine „diplomatische“ Erkrankung handle, die den Rücktritt Normans vorbereiten solle. Man vermutet, daß die Beteiligung Frankreichs an dem amerikanisch-französischen Rediskontkredit an die Bank von England unter der Hand durch den Rücktritt des Präsidenten Montague Norman erkauft worden sei.

Erfreulich ist, daß sich in der angelsächsischen Welt die Erkenntnis der Notwendigkeit einer großartigen Tribut- und Schuldenerlösung immer mehr durchzusetzen scheint. So schrieb dieser Tage der Washingtoner Korrespondent der englischen „Times“, „daß die Finanzwelt eine größere Verschleimung dieser Fragen für notwendig halte und daß es keinen Menschen in verantwortlicher Stellung in Amerika mehr gebe, der noch glaube, daß die Zahlung der Reparationen und Kriegsschulden nach dem Hoover-

jahr wieder in dem Umfange aufgenommen werde, wie das in den gegenwärtigen internationalen Abmachungen vorgelesen sei. Eine Wiederherstellung des deutschen Kredites sei auf die Dauer unmöglich, wenn nicht der Druck der Reparationen, der auf Deutschland lasse, durch internationale Abmachungen entweder vermindert oder ganz beseitigt würde.“ Auch die „Morningpost“ schreibt, daß man nirgendes mehr als in der City von London den unheilvollen Einfluß der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen auf die Stabilität der Märkte sowohl in politischer wie in finanzieller Hinsicht erkenne“. Hierbei verdient auch die Meinung des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin - Shurman - festgehalten zu werden, der kürzlich in Newyork erklärt hat, „daß die Reparationen nie mehr auf der alten Grundlage zu leisten sein würden, sondern den wirtschaftlichen Wirklichkeiten, vor allem der deutschen Zahlungsfähigkeit, angepaßt werden müßten. Diese Anpassung liege ebensosehr im Interesse anderer Nationen wie im Interesse Deutschlands. Deutschland könne jedoch Reparationen nur dann zahlen, wenn die Forderungen anderer Länder zu seinen Gunsten soweit herabgesetzt würden, daß Deutschland einen Ausfuhrüberschuß erzielen könne.“

Während so allenthalben in der Welt eine vernünftige Betrachtungsweise hinsichtlich des Tributproblems sich durchzusetzen beginnt, hat es sich der französische Finanzminister Flandin nicht nehmen lassen, am letzten Montag eine Erklärung abzugeben, welche die französische Denkart wieder einmal im rechten Lichte zeigt. Flandin sagte, „was den französischen Anteil an den Reparationen an gehe, so wisse man, daß er nicht einmal die Zerstörungen decke, die durch den Krieg und besonders durch einen systematischen und gemollten Vernichtungswillen (!) hervorgerufen worden seien. Niemand in Frankreich habe daher auch nur daran gedacht, daß die französische Regierung auf ein Recht verzichten könne, das nicht nur im Versailler Vertrag verbrieft sei, sondern auch den Willen der Gerechtigkeit (!) zum Ausdruck bringe.“ — Dabei weiß niemand besser als Herr Flandin selbst, daß die Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete durch die Unsummen unserer an Frankreich gezahlten Tribute, Sachlieferungen, Schindung der deutschen Kriegsgefangenen usw. längst mehr als gedeckt sind. Und eine Taktlosigkeit sondergleichen dünkt es uns, das Märchen von der deutschen Kriegsschuld und mutwilligen Zerstörungssucht erneut aufzuführen just in einem Augenblick, wo die Herren Laval und Briand ihren Besuch in Berlin endgültig angefast haben. Auch müssen wir es aufs schärfste zurückweisen, daß Begriffe wie Versailler Vertrag und Gerechtigkeit nicht nur in einem Atem genannt, sondern darüber hinaus identifiziert werden. Man darf wohl gespannt sein, wie sich die Reichsregierung zu dieser neuen groben Entgleisung eines führenden französischen Staatsmannes verhält oder ob sie weiterhin — um der „Atmosphäre“ willen — zu Dingen schweigt, die eigentlich an jeder Straßenecke auf Staatskosten publiziert werden müßten. Wir brauchen uns des Goldes wegen nicht an Frankreich zu verkaufen. Wir haben alles, um uns selbst zu helfen. Das deutsche Volk ist bereit, auch unter neuen Opfern den Weg der Selbsthilfe zu gehen. Beschreiten wir ihn! Der Herrgott wird uns nicht im Stiche lassen.

Ein Bundesstaat Belgien?

Die Bedeutung der flämisch-wallonischen Frage.

Aus der vor 10 Jahren noch verfolgten und unterdrückten flämisch-radikalen Nationalbewegung ist eine starke Volksbewegung geworden. Die Forderungen, die die gesamte flämische Nation heute aufstellt, gehen wesentlich weiter als das Aktionsprogramm der Frontpartei kurz nach dem Kriege. In den grundlegenden Fragen der inneren und äußeren Politik nimmt die flämische Nation einen einheitlichen Standpunkt ein. Uebereinstimmend verlangt die flämische Presse — von der „Schelde“ über den „Standaard“, bis zur „Volksgezant“, sogar „Het Handelsblad“ und „Het laatste Nieuws“ teilweise, die Flämisierung des Heeres, der gesamten Verwaltung, des Schulwesens; ferner Aufgeben der einseitig frankophilen Politik, eine weitgehende Dezentralisation und Abriistung. Nur in der Tonart unterscheiden sich die obengenannten Blätter. Auf der anderen Seite vertreten aber eine große Anzahl weitverbreiteter Wochenblätter den großniederländischen Standpunkt: Belgien ist der größte Feind von Flandern. — Und die Gruppe, die die Vernichtung Belgiens und die Errichtung der Großniederlande auf ihrem Programm hat, zählt heute schon 11 Abgeordnete und bei Neuwahlen würde diese Gruppe sich

verdoppeln und verdreifachen, so schreibt einheitlich die belgische Presse.

Doch das großniederländische Ziel ist nicht auf einmal zu erreichen, sagen die Frontisten, und sie stellen ein positives Gegenwartsprogramm auf. In der Kammer wurde ein vom Abgeordneten Vos ausgearbeiteter „Gesetzentwurf zur Veränderung der Verfassung“ eingebracht. Diese Verfassungsänderung ist nach Meinung vieler maßgebender Belgier die letzte Möglichkeit, Belgien vor einer Revolution wie in Spanien und dem völligen Auseinanderfallen zu bewahren. Aus diesem Grunde ist ein Teil der extremen Großniederländer — die Gruppen um den „Boorpoit“, „Vlaanderen“, „Jongdietschland“ — in schärfster Opposition gegen diesen Plan, der für Belgien ein letzter Rettungsanker sei und die Großniederlande unmöglich mache. Doch der Gesetzentwurf ist deshalb so bedeutsam, weil ein großer Teil der Flamen, auch der der Staatsparteien, sich seine Gedankengänge zu eigen macht und mit den Lösungsversuchen der Flamenfrage durch die Regierung nicht zufrieden sein kann.

Der Bundesstaat Belgien wird von den meisten Frontisten aber nicht als Dauerlösung angesehen. Das Ziel bleibt die Vereinigung der Niederlande zu dem „Dietischen“ Reich. Dieser dietsche Gedanke gewinnt dauernd an Popularität! Als vor einigen Wochen der König nach Verviers kam, wurde er von den Massen mit den Rufen „Oranie boven!“ (Hoch Oranien!) und „Denk an Katalonien“ empfangen, das ist nur einer aus der Menge der Beweise für die großniederländische Einstellung des Volkes, besonders der Jugend.

In dem Gesetzentwurf der Frontpartei wird das völkische Prinzip über das des Staates gestellt. In seiner Einleitung heißt es: „Jede belgische Idee, bei der die niederländische Persönlichkeit des Flamen zurücktreten muß, entbehrt alles geistigen Wertes.“ Weiter heißt es da, daß es eine belgische Geschichte nicht gibt, und daß die Vergangenheit der Flamen auf engle mit der der Holländer verknüpft ist. Kulturell, wirtschaftlich und geographisch bilden die Niederlande eine Einheit. Diese Einheit auch politisch wiederherzustellen, sei aber nur möglich, wenn Flandern politisch ausgebildet ist. — Demnach wird also das großniederländische Ideal nicht aufgegeben.

Die Verfassung bleibt monarchisch und parlamentarisch. Diejenigen Paragraphen, die nicht in dem zentralistischen System verwurzelt sind, werden beibehalten. Es handelt sich hierbei vor allem um die Bestimmungen von den Rechten und Pflichten der Staatsbürger, Wählbarkeit usw. „Alle Gewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 37. Im ersten Teile des Verfassungsentwurfes wird festgestellt, daß Belgien von zwei verschiedenen Nationen bewohnt wird, die das Recht auf Autonomie haben. Die Grenzen und der Aufbau der Staaten Flandern und Wallonien wird festgelegt. Die Hauptstadt Flanderns ist Brüssel, hier tagt die Abgeordneten-Kammer des flämischen Staates. Die Verwaltung der Staaten ist einsprachig niederländisch bzw. französisch.

Die Bestimmungen über die Freiheit der Presse, der Person und die Justiz, die sich kaum von denen der alten Verfassung unterscheiden, behandelt der zweite Teil.

Im dritten Teile des Entwurfes ist von den Aufgaben des Bundes die Rede. Das Parlament des Bundes sind die Vereinigten Abgeordnetenkammern. Das Bundesministerium besteht zur Hälfte aus Flamen und Wallonen, es tagt abwechselnd in der flämischen und wallonischen Hauptstadt. Es besteht eine Zollunion zwischen den beiden Staaten, ferner eine Verkehrs- und Münzeinheit.

Für die öffentliche Sicherheit sorgt die „Staatsmacht“, das Heer soll abgeschafft werden, der Artikel 139 lautet:

An einer Stätte der Zerstörung.

Kleine Bilder aus Mehlem am Rhein.

Von Margarete Zander.

Seit der Mensch des Maschinenzeitalters in letzter Steigerung seines Machtwillens die Naturkräfte unterjocht hat, seit seine Zivilisation infolge unerhörter technischer Hilfsmittel den ganzen Erdball umfängt und beeinflusst, häufen und überstürzen sich die Berichte von Katastrophen und Unglücksfällen aller Art. Oswald Spengler nennt diese Geschehnisse „die tiefe, stille Rache der Natur an dem Wesen, das ihr das Vorrecht auf Schöpfertum entriß.“ Immer wieder kommt der Augenblick, wo der Mensch, der unzählige Male in der von ihm geschaffenen künstlichen Welt Sieger blieb, seine Möglichkeiten erschöpft sieht und die Natur die Stärkere bleibt.

In erschütternder Weise kam mir dies zum Bewußtsein, als ich vor einigen Tagen Trümmerstätten besuchte, wo ein fast vergessener, kleiner Bach in sinnlosem Wüten in wenigen Minuten Menschenfleisch und froh gegnetes Schaffen, stilles Glück und den Ertrag schweren Ringens um des Lebens Nahrung vernichtete.

Der Weg zu dieser Unglücksstätte führte mich durch eine der reizvollsten Gegenden unseres Vaterlandes. Vorbei an dem sagenumwobenen Rolandsbogen steige ich über schwarzes, vulkanisches Geröll auf den Rodderberg, dessen kahle Kuppe von fernen Kindheitstagen unserer alten Erde erzählt. Ein unsagbar schöner Rundblick tut sich auf: die eigenartigen Konturen der sieben Berge, der zackige Drachensfels stehen dunkel und geheimnisvoll vor einer schwarzen Vulkanwand; tief unten zu Füßen der Berge gleitet mit grünblauen Wellen majestätisch der Rhein dahin, trägt wie ein geduldiger Vater auf seinem Rücken die hellen Schiffe der Freude und die dunklen der schweren Arbeit; und rechts und links vom glühenden Strom ist ein Gewimmel freundlicher Ortschaften eingebettet in den Segen reifer Felder und fruchtbarer Gärten. Man meint, nur Fröhlichkeit könnte von dort herausklingen und stilles Leuchten menschlicher Zufriedenheit. Hier scheint der Mensch, noch nicht herausgerissen aus dem Schoße der Natur, sich einen Garten Eden ge-

„Der Bund unterhält keine eigene Wehrmacht, sondern er vertraut auf die durch den Völkerbund und Locarno garantierte Sicherheit.“ Hier wird man sich die Frage stellen müssen, ob diese Haltung für die Nachbarn Frankreichs die richtige ist — die jahrhundertelange Expansionspolitik der Franzosen nach Osten und Norden sollte doch für die Flamen eine Warnung sein.

Die Uebergangsbestimmungen des Gesetzentwurfes sind nicht weiter wesentlich.

Die Sozialisten und christlichen Demokraten sind gegen den Vosschen Gesetzentwurf nicht etwa aus staatspolitischen, sondern lediglich aus parteipolitischen Gründen. Schrieb doch der „Standaard“ selbst vor einiger Zeit, daß die flämischen Katholiken nur für die Erhaltung Belgiens seien, solange es im Interesse Flanderns liege.

Aber nicht nur in Flandern erhebt sich eine separatistische Bewegung, auch in der Wallonie gewinnt der Separatismus fortwährend an Boden, selbst großbelgische Kreise werden von dieser Bewegung erfasst, wie beispielsweise die „Assemblée Wallonne“. Allgemein war das Erstaunen, als vor einem Jahre sich auf dem Genfer Nationalitätenkongreß eine flämisch-wallonische Einheitsfront (vertreten durch die Herren Abg. Hermans und Ruscart) gegen Belgien zeigte — diese Einheitsfront ist heute schon recht ausgebreitet in jeder Parlamentssituation zu sehen, hier die volksbewußten Flamen und Wallonen und hier die Verteidiger des sterbenden Brüsseler Zentralismus. Die Lage in Belgien ist viel kritischer als man durch die offizielle Presse erfährt. Noch ein Wemmel oder noch ein Dignuiden mit belgischen Unterdrückungsmethoden könnte unübersehbare Folgen haben. Die Ereignisse in Spanien kamen auch plötzlich und gerade in Belgien haben sie einen gewaltigen Eindruck hinterlassen. Entscheidende Reformen, wie sie die Flamen verlangen, können Schlimmeres verhüten. Wir Deutsche aber verfolgen die Ereignisse in Belgien mit größtem Interesse — es braucht ja hier nicht auseinandergelegt zu werden, welche Bedeutung ein inner- und außenpolitischer Kurswechsel Belgiens für Deutschland hat. — Wenn wir von Belgien hören, denken wir an das Unrecht von Eupen-Malmedy, das nach dem Willen der flämischen Nationalisten und auch der Sozialisten wieder gutgemacht werden soll. Der Vossche Gesetzentwurf sieht eine neue Abstimmung in Neubelgien vor, die über das Schicksal dieser 60 000 „Muhbelgier“ entscheiden soll.

Aber auch die Flamenfrage verdient unser größtes Interesse: denn der Weg zum Rhein und zur Ruhr führt durch Flandern. Das Ringen um Flanderns Freiheit ist ein Teilabschnitt aus dem jahrhundertelangen Kampfe der Germanen gegen die Romanen.

S. R.

Inflation, Deflation oder ... ?

In der Rundfunkrede vom 4. August sagte der Reichskanzler Brüning, wohl um die eine neue Inflation fürchtenden Gemüter zu beruhigen, daß im Gegensatz zur Inflation die Kaufkraft der Reichsmark zunehme. Ob er sich hiervon einen Vorteil verspricht für das deutsche Volk? Fast sieht es so aus. Man kann diese Erscheinung (Deflation) auch anders bezeichnen, nämlich „das Geld wird teurer“. Teurer für alle diejenigen, die es mit Arbeitsprodukten und Leistungen kaufen müssen, um die Arbeitsprodukte (Waren) und Leistungen anderer dafür zu erwerben. Dazu gehört die große Masse, die von der Arbeit und nicht von Zinsen und Dividenden lebt.

pflanzt zu haben. Wer ahnt es, daß jener leichte Nebelschleier, der auf der Landschaft dort unten liegt, die Trümmerstätten einer sinnlos entfesselten Naturkraft zu deckt? Daß das Toben der Elemente die frohen Piederjah zum Verstummen gebracht hat?

Wir schreiten den Berg hinab und kommen in das sonst so liebliche Tal des Unglücksbades. Sein Bett ist tief in die Wiefe eingeschnitten, doch seine Ufer sind mit gelbem Schlamm, mit Geröll, entwurzelten Bäumen und Steinen bedeckt. Bald stehen wir vor einer Mühle, deren Anblick an Kriegsbilder denken läßt. Der durch furchtbaren Wolkenbruch ungeheuer angeschwollene Bach, der alles mit sich reißend die Hügelterrasse herabgetobt kam, hat Stallung und Scheune vollkommen zerstört. Gegen die zweihundert Jahre alten Mauern der Hauptgebäude stürmte seine Wut vergebens an, doch er zertrümmerte die Fenster und füllte mit nicht vorstellbarer Geschwindigkeit das Haus mit Wasser. Wäre es einige Stunden später geschehen, so hätte das Unwetter die Mühlenbewohner im Schlaf überrascht, so wären sie verloren gewesen. Die Retter hätten zu spät die einsame Mühle erreicht.

Eine völlig zerstörte Fühnerfarm am Wege bietet einen neuen Anblick des Grauens. Mehrere hundert Fühner sind von den wilden Fluten vom Rhein hinuntergetrieben worden. Zwischen verschlammten Balken, Steinen, Hausrat und Gerümpel aller Art steht der Besitzer, neben ihm einige Stahlhelmer, die gekommen sind, um ihm zu helfen. Er spricht kein Wort und blickt nicht auf; seine Gedanken kreisen noch um jene Minuten des Grauens, da er seine Lebensarbeit, alle Hoffnungen der letzten Jahre, vernichtet sah.

In seinem rasenden Sturz zu Tal traf das Wasser auf eine zweite Mühle. Mit so ungeheurer Geföhe brachen die Wassermassen in das Gehöft ein, führten solche Mengen Schlamm und Geröll mit sich, daß ihnen alles Vieh, 3 Pferde, Kühe, Schweine, ja, auch der treue Hofhund zum Opfer fielen. Jetzt steht mitten auf dem mit Gerümpel aller Art bedeckten Hof — ein Filmoperateur und kurbelt die Bilder der Zerstörung: wie die Tierleichen aus dem verschlammten Stall gezogen werden, wie der Müller mit hängenden Armen, starren Auges neben seinen toten Tieren steht, wie die fleißigen Helfer schweiß-

Diese allgemeine Preissenkung steigert alle öffentlichen und privaten Schulden, aber auch die Steuerlasten. Ein Bauer, der z. B. im Frühjahr 1930 fünf Schweine verkaufen mußte, um seine Zinsen, Steuern und seinen Anteil an der Youngplanschuld aufzubringen, muß heute mindestens sechs Schweine opfern um dieselbe Summe zur Verfügung zu haben. Um dieses sechste Schwein verkürzt sich seine Lebenshaltung gegen das vergangene Jahr, weil die Kaufkraft der Mark gesunken ist. Und wie steht es mit den öffentlichen Schulden? Auch hier ein Beispiel. Bei Abschluß des Youngplanes scheint die Regierung von der Stabilität des Goldpreises überzeugt gewesen zu sein, obwohl in einer Denkschrift, die ihr und sämtlichen Abgeordneten des Reichstages rechtzeitig zuging, auf die Gefahr einer Steigerung des Goldpreises eindringlich aufmerksam gemacht wurde. Da stand unter anderem folgendes zu lesen:

„Ferner bedeuten die endlich vereinbarten festen Zahlen keine bestimmte Leistung. Es ist in fremder Währung zu zahlen. Dieses ausländische Geld muß Deutschland erwerben durch Verkauf von Waren oder durch Leistungen an Ausländer. Wieviel Waren und Leistungen erforderlich sind, um eine Summe ausländischen Geldes zu erwerben, hängt von den Warenpreisen ab; und die Preisgestaltung, Konjunkturalentwicklung der nächsten Jahrzehnte, selbst schon der nächsten Jahre, ist völlig im Dunkeln. Steigen die Warenpreise, so sinkt die deutsche Leistung, sinken sie, so steigt die deutsche Last. Dazu kommt, daß Deutschland aller Gewaltmittel beraubt, wehrlos ist gegen den Versuch der Ablehnung deutscher Waren oder die Erschwerung ihrer Einfuhr in andere Länder, d. h. dagegen, daß der Erwerb ausländischen Geldes, mit dem wir unsere Schuld zu zahlen gewillt sind, uns verschlossen oder verteuert und damit die Belastung Deutschlands trotz genau bestimmter Geldzahlungen bis zur völligen Unerschwinglichkeit verwandelt wird.“

So ist also zu dem ersten Punkt zu sagen: die so sicher und bestimmt sich gebärdenden Zahlen bedeuten nicht viel. Dem Schuldner sagen sie nicht, was er zu leisten hat, den Gläubigern nicht, was sie bekommen. Da unsere Gegner den Verkehr über ihre Grenzen von uns unbestreitbar beherrschen und in ihren Reihen die geldreichsten Staaten stehen, so sind wir als Schuldner schlechter daran als die Gläubiger.

Mit Uebernahme der Leistungen aus dem Youngplan unterschreibt Deutschland Blankowechsel trotz der auf Selter und Pfennig ausgehandelten „festen“ Zahlen, die keine bestimmten wirtschaftlichen Größen sind und weder dem Gläubiger sagen, was er zu fordern, noch dem Schuldner, was er zu zahlen hat.“

Blind tappte man ins Verderben und nahm den Youngplan ohne die Goldklausel, die der Dawesplan noch enthalten hatte, an, und innerhalb eines Jahres stiegen die Lasten um ungefähr 20 Prozent. Mußte bisher das deutsche Volk, sagen wir einmal zwei Milliarden Arbeitsstunden drangeben, um sich die zwei Milliarden zu verschaffen, so sind heute 2,4 Milliarden Stunden notwendig. Und wie, wenn der Preisstand weiter sinkt? Wer ist verantwortlich dafür, daß die Leistungen des Youngplanes in kurzer Zeit schon verfliehet sind? Warum haften Minister und Abgeordnete nicht für solche verhängnisvollen Verträge? Aber an der Steigerung des Geldwertes muß es doch auch Nutznießer geben, sonst würde dieses Manöver sicher nicht gemacht. Sehen wir zu. Ein Millionär, der mit 100 000 Mark Zinsen sich im vorigen Jahre 10 Autos kaufen konnte, kann für diese Summe sich heute 12 dafür leisten. Was aber bei einer Zinsbelastung des deutschen Volkes von 25–30 Milliarden

gebadet unermüdlich Karre um Karre Schlamm aus den Gebäuden ziehen! Muß auch das Unglück dem Sensationshunger der Masse dienstbar gemacht werden?

An Feldern vorbei, auf denen der Ertrag dieses Jahres vernichtet ist, vorüber an Obstgärten, deren Bäume z. T. geknickt, z. T. bis zur Krone im Schlamm stehen, über zerstörte Brücken auf einer fast ungangbaren Straße nähern wir uns dem Ort Mehlem. Schwere Blöcke einer 1½ Meter hohen umgerissenen Betongartenmauer sperren den Weg. Der Blick in den Garten, durch den die wilden Wasser toben, liegt frei. Dunkle Obstbäume und Blutbuchen stehen im Schlamm; auf zerstörten Rasenflächen liegen gebrochene, noch leuchtende Blumen neben abgeschlagenem Obst. Daneben stehen Pfirsichbäume mit lauchenden Früchten, blühende Dahlienbüsche und Rosen, an denen das Unglück selbsternstet vorüber ging.

Vor der Bahnunterführung die erste kleine Gasse. Grauenhaft ihr Anblick! Das am Bahndamm aufgebaute Wasser stürzte sich in sie mit allem, was es auf seinem Zerstörungsweg an sich gerissen hatte, erschlug die alten, kleinen Häuser, tobte rasend in den Gärten und engen Höfen. Man hat Schlamm, Schutt und Gerümpel bereits längst ausgeräumt, daß wir an die Stätten der Verheerung herankommen und den Weg des Unheils durch den heimgelesenen Ort verfolgen können. Wie konnte es nur geschehen? fragte man. Ja, niemand hatte an den kleinen Bach gedacht, der in tiefem und breitem Bett sein Wasser unterirdisch dem Rhein zuführt. Da plötzlich, in eine sekundenlange unheimlichswangere Stille nach Gewitter und schwerem Wolkenbruch, ein unerklärliches Toben, und schon brechen Wassermassen anderthalb Meter hoch über Mauern und Straßen — ein hundertstimmiges Brüllen erfüllt die Luft. Klirren der geborstenen Fensterscheiben, polterndes Stürzen von Mauern, Brüllen des zu Tode geängstigten Viehes, Tosen des Wassers und angstvoller Menschenfrieren. Das Licht, von der Flut zerstört, erlischt; die Angststirne brüllt um Hilfe und ruft Helfer aus den nachliegenden Ortschaften herbei. Im Schein flackernder Fackeln werden Löcher in die Dächer geschlagen und Menschen aus gefährdeten Häusern geholt.

Inzwischen hat die rasende Flut ihr Ziel erreicht. An zwei Stellen bricht die schwere Westmauer am Rhein, die oft schon großem Hochwasser standgehalten hat. Ein

eine Preisse bedeutet, die sein. Inflation Deflation hört heute auch nur als Schulden. sind, nein, drückender. schaften, M Zinsabbau, und Zinsen. Daß sich und die „Aufwärts“

Zurückweisung französisch

Im „Glandin an Frankreich den deutschen diese Zahlen ausgleichen französischen gerufen, die Höhe der lungen voll

Wie ich ä den für den Franzosen Milliarden Deutschland ist bekannt, Leistungen. B r e n l a n Goldmarkt verhandlung 25 Milliarden auf 20 Milliarden die Leistung 1,4 Milliarden 55–56 Milliarden deutschen W mehrfache bute of Eco Milliarden. bei seinen men. Die ruht zum Entzignung Selbst ausgehen, kommen w unter dem inselamt Reparation Dawesplan zahl, unter Hooverjahre Frankreich ziffer, die t einer deutliche Milliarden Ma Wenn man

eingezog wi vor sich her die Bootst

Ein alt steht schon Jahre hat zusammen der Zerst best, Türe mußten ander lieg zertrümme Vogelbauer tet als das schlagene Kind herab überdeckte dene Leben einer einge men-, Tom begraben t weicht der Naturkräfte auch sein n nen wilder wäre. So und die m in müde u Am Str steht ein k les Pupper Rädchen o ist zerstört die Tränen in den leg gesehen! Die sch weitergezo fast ist, c strahlen t wenn sinn Mehlem a rinnende 2

alle öffent-
Steuernlasten.
inf Schweine
n und seinen
n, muß heute
elbe Summe
Schwein ver-
vergangene
gen ist. Und
? Auch hier
scheint die
es überzeugt
t, die ihr und
echtzeitig zu-
Goldpreises
stand unter

n festen Zah-
der Währung
Deutschland
durch Leistun-
leistungen er-
Geldes zu
ab; und die
der nächsten
ist völlig im
die deutsche
Kauf. Dazu
mittel bebraut,
er in andere
ausländischer
gesehen gewillt
amit die Be-
der Geldzah-
rswirtschaft
die so sicher
n nicht viel.
sten hat, den
unbeseitbar
stigen Staaten
baran als die

nahm den
wesplan noch
ahres steigen
e bisher das
den Arbeits-
rden zu ver-
n notwendig.
t? Wer ist
Youngplan
um haften
verhängnis-
g des Geld-
sonst würde
wir zu. Ein
im vorigen
diese Summe
einer Zins-
0 Milliarden

mm aus den
dem Senfa-
rden?
d dieses Jah-
deren Bäume
lamm stehen,
daren Straße
Blöcke einer
mauer sper-
durch den die
erhalten und
rsten Malen-
lumen neben
chäume mit
und Rosen,
er ging.

kleine Caffe-
n aufgestaute
s auf seinem
ug die alten,
n und engen
rripp bereits
der Verge-
als durch den
onnte es nur
den kleinen
t sein Wasser
n, in eine fe-
ewittert und
oben, und
er hoch über
iges Brüllen
nterscheiden,
des zu Tode
d angstvoller
ört, erlösch;
lfer aus den
ein flackernd
geschlagen und
erreicht. An
r am Rhein,
ten hat. Ein

eine Preisenkung von 20 Prozent für die Schuldnerklasse bedeutet, dürfte nunmehr jedem Leser klar geworden sein. Inflation besteht die Gläubiger und die heutige Deflation die Schuldner. Und zur Schuldnerklasse gehört heute der größte Teil des deutschen Volkes, wenn auch nur als Träger der Reichs-, Staats- und kommunalen Schulden. Nicht nur, daß hohe Zinslasten aufzubringen sind, nein, die Senkung der Preise macht sie auch noch drückender. Aber forderten nicht Parteien, Gewerkschaften, Minister usw. „Preisabbau“? Warum nicht Zinsabbau, wo doch alle Preise nur aus Arbeitslöhnen und Zinsen bestehen?

Daß sinkende Preise das Wirtschaftsleben erdröseln und die Hauptursache der Arbeitslosigkeit sind, ist im „Aufwärts“ schon früher gesagt worden und worin diese

anscheinend widerspruchsvolle Erscheinung ihre psychologische Ursache hat.

Nur ein gleichbleibender Preisstand sichert Schuldner und Gläubiger vor Verarmung und gibt dem Wirtschaftsleben Ruhe und Sicherheit und den Arbeitslosen Beschäftigung. Allerdings sind dann die Börsenhähen und Geldspekulationen aufs Trockene gesetzt. Unser Kampf muß sich daher in erster Linie gegen die Beseitigung der Kaufkraftschwankungen des Geldes richten. Eine selbstverständliche Forderung, aber ihrer Durchführung stellt sich die Hochfinanz mit allen Mitteln entgegen. Sie weiß warum, wenn sie auch andere Gründe für die Beibehaltung der Goldwährung ins Feld führt. Aber die Front dagegen wird von Tag zu Tag breiter, trotz allem Presse-nebel.

18 Milliarden an Frankreich.

Zurückweisung der Rechnung Flandins. — Die Kosten des französischen Wiederaufbaus sind längst bezahlt.

— Berlin, 19. August.

Im „Echo de Paris“ hat der französische Finanzminister Flandin am Montag eine Erklärung abgegeben, nach der Frankreich niemals auf den „rein französischen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen verzichten kann, weil diese Zahlungen die Wiedergutmachung der Kriegsschäden ausgleichen müssen“. In Berlin hat diese Erklärung des französischen Finanzministers stärkstes Betremden hervorgerufen, zeigt sie doch, daß der französische Finanzminister die Höhe der bisher von Deutschland geleisteten Tributzahlungen vollständig verkennet.

Wie hoch sind denn die französischen Kriegsschäden, die Deutschland voll ersetzen soll? Die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete werden von den Franzosen selbst mit 100 Milliarden Franken, also 16,7 Milliarden Mark angegeben. Was hat demgegenüber Deutschland an Reparationszahlungen bisher geleistet? Es ist bekannt, daß über die Bewertung der früheren deutschen Leistungen sehr verschiedene Zahlen im Umlauf sind. Prof. Rentano ist im Jahre 1923 auf rund 55 Milliarden Goldmark gekommen. In den Pariser Sachverständigenverhandlungen sind die gutschristfähigen Leistungen auf 25 Milliarden Mark die nicht gutschristfähigen Leistungen auf 29 Milliarden Mark berechnet worden, dazu kommen die Leistungen während der Ruhrbesetzung in Höhe von 1,4 Milliarden Mark, so daß sich eine Gesamtsumme von 55-56 Milliarden Mark ergibt. Mit der Bewertung der deutschen Leistungen haben sich auch bekannte Ausländer mehrfach befaßt. Die Schätzung des amerikanischen Institute of Economics aus dem Jahre 1923 geht auf 25 bis 26 Milliarden. Der englische Nationalökonom Keynes ist bei seinen Untersuchungen auf denselben Betrag gekommen. Die Differenz gegenüber der deutschen Schätzung beruht zum Beispiel auf der Frage, wie der Wert bei einer Enteignung zu bestimmen ist.

Selbst wenn wir aber von den niedrigen Schätzungen ausgehen, die von neutraler Seite aufgestellt worden sind, kommen wir mit Einfluß der deutschen Zahlungen, die unter dem Dawesplan und dem Youngplan erfolgten, auf insgesamt 37 Milliarden Mark die von Deutschland für Reparationszwecke aufgebracht worden sind. Unter dem Dawesplan wurden 8 Milliarden Mark von Deutschland gezahlt, unter dem Youngplan bis zum Inkrafttreten des Hooverjahres 2,7 Milliarden. Von diesen Leistungen hat Frankreich 52 Prozent erhalten. Das ist die Beteiligungsgröße, die ihm an allen Reparationen zugesprochen ist. Bei einer deutschen Ausbringungslösung in Höhe von 37 Milliarden Mark hat Frankreich also 18,5 Milliarden erhalten. Wenn man die Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten

einzigster wildgewordener Bach treibt schwere Basaltblöcke vor sich her in den Rhein, als wären es Kieselsteine. Auch die Bootstreppe aus Beton schleudert er in den Strom.

Ein alter Gärtner führt mich durch sein Haus. Es steht schon über zweihundert Jahre; vor einem halben Jahre hat er einen neuen Anbau errichtet mit bitter hart zusammengesparten Groschen. Das Alte und das Neue ist der Zerstörung anheimgefallen; kein Fenster ist heil, Türen sind zerplittert, durchlöcherter Mauern mußten gestützt werden. In müßigem Durcheinander liegt im Schlamm der Stolz der Hausfrau, zertrümmerte Möbel, Matratzen, die Wanduhr, ein Vogelbauer, Wäsche usw. Sie haben nichts gerettet als das nackte Leben. In einem Raum steht ein zerstückeltes Kinderbett. Hier riß der Vater sein jüngstes Kind heraus, als die Wasser schon hineinstürzten. Der überdeckte Platz vor dem Haus, wo sich das frohbescheidene Leben der Familie abspielte, ist mit den Trümmern einer eingestürzten Hofmauer bedeckt, die auch seine Blumen-, Tomatenanpflanzungen und Weinstöcke unter sich begraben hat. — Ein kleiner Bach — und „hoffnungslos weicht der Mensch“. Er mit all seiner Macht über die Naturkräfte, vermag ihn nicht aufzuhalten. Er hätte ihm auch sein Lehtes, sein Leben genommen, wenn er mit seinen wilden Fluten des Nachts über ihn hereingebrochen wäre. So ist jetzt nur beginnender Wohlstand vernichtet, und die mühsam ferngehaltene Not blüht triumphierend in müde und trennschwere Menschenaugen.

Am Straßenrand, die kleinen Füße tief im Schlamm, steht ein kleines Mädchen. Hier endlich hat sie ihr geliebtes Puppenkind gefunden! Sie pukt und wischt mit ihrem Rücken an der Puppe herum, vergebens! Die Schönheit ist zerstört. Der Kindermund verzieht sich und still laufen die Tränen über das Gesichtchen. Still, denn sie hat ja in den letzten Tagen soviel lauten Jammer der Großen gesehen!

Die schwarze Wetterwand über dem Drachensfels ist weitergezogen. Er sieht nun nicht mehr drohend aus, ja, fast ist's, als ob er im sanften Glanz der Abendsonnenstrahlen tröstlich lächle. Er hat ja so oft mitangelesen, wenn sinnlose Naturgewalt Menschenwerk zerstörte. Über Wehlem aber fällt aus einer Wolke stiller Regen — wie rinnende Tränen.

Gebiete in Höhe von 16,7 Milliarden Mark gegenüberstellt, ergibt sich, daß

Frankreich 1,5 Milliarden Mark mehr erhalten hat, als die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betragen.

Es steht also fest, daß die These des französischen Finanzministers Flandin, nach der die deutschen Zahlungen für die Wiederherstellung der französischen Kriegsschäden schon bisher nicht ausgereicht hätten und weitere Verzichte Frankreichs nicht möglich seien, unhaltbar ist.

Tribute hindern den Wiederaufbau.

— Glasgow 19. August.

Einer der Direktoren der Bank von England, Alexander Shaw, empfiehlt in einer Rede als Mittel gegen die Wirtschaftskrise eine weitgehende Beschränkung oder die Aufhebung der Reparationen und der Kriegsschulden. Diese Frage von internationalem Charakter, sagte er, ist ein Hindernis für den Wiederaufbau Englands und der ganzen Welt. Jedesmal, wenn der Handel und die Konjunktur anfangen, sich zu erholen, taucht die ewige Reparationsfrage wieder auf und alles fällt wieder in sich zusammen. Der internationale Handel gründet sich nicht mehr auf Gegenseitigkeit. Im Grunde genommen ist die Unruhe politischer und nicht finanzieller Natur, und infolgedessen entwickeln sich Feindseligkeit und Furcht immer mehr, wodurch Europa in ein von Waffen starrendes Lager verwandelt wird.

Jugendtag des D. S. B.

weihstunde am Berg Isel. — Kundgebung für die Zugehörigkeit Tirols zum deutschen Volke.

— Innsbruck, 19. August.

Der Bund der Kaufmannsjugend im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband veranstaltete in Innsbruck seinen 5. Reichsjugendtag. An der Tagung nahmen etwa 8000 Kaufmannsjugendlichen aus dem Reich, dem Saargebiet und aus Danzig teil. Zu Ehren der reichsdeutschen Gäste hatte Innsbruck Flaggenhonneur angelegt. Die Größe des Landes Tirol überbrachte Bundeshauptmann Dr. Stumpf. Sodann sprach mit eindringlich pathetischen Worten der Tiroler Volksmann Pater Imertofler von der Not des Tiroler Landes.

Die erhebende Kundgebung war ein Ausdruck für die Zugehörigkeit des Tiroler Landes zum deutschen Volke und zugleich ein Bekenntnis für das Lebensrecht des deutschen Volkes überhaupt.

Den verschiedenen Ansprüchen folgten musikalische Darbietungen, gemeinschaftliche Gesänge, sportliche Veranstaltungen sowie eine Aufführung des „Grenzmark“ von Otto Bräuer. Dieses Spiel von Freiheit und Treue, das unter der Leitung von Dr. Werner Pfeiffer von der Hamburger und Groß-Berliner Spielschule des Bundes der Kaufmannsjugend stand, wurde ausschließlich unter Mitwirkung von Kaufmannslehrlingen aufgeführt.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kundgebung mit einem Fackelzug und einer Weihstunde vor dem Andreas-Hofer-Denkmal am Berg Isel. In die rote Glut der Fackeln getaucht erklimmen die Marschgruppen langsam den Berg. Das Tal des Inn leuchtete wider vom Feuerhimmel, und die steilen Bergwände hinauf liefen die Leuchtschlangen „Wir kommen“. Auf der Höhe des Berges Isel wurden die Fackeln um das Andreas-Hofer-Denkmal zusammengeworfen, ein Bekenntnis zu jenem Manne, der um Tirols Freiheit gerungen und seinen Kampf mit seinem Freiheitsstabe erfüllt hatte.

Notendeckung 39,7 Prozent.

Geringfügige Erhöhung der Gold- und Devisenbestände. Verringerung des Notenumlaufs.

In der zweiten Augustwoche hat sich die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten um 542,6 auf 3306,8 Mill. Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenmarktscheinen zusammen sind 144,1 Mill. Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten auf 4237,3 Mill. Mark und derjenige an Rentenbanktscheinen auf 403,3 Mill. Mark verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanktscheinen auf 24,3 Mill. Mark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 525,6 Mill. Mark eine Abnahme um 255 Mill. Mark.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 10,6 Mill. auf 1682,8 Mill. Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 760 000 Mark auf 1365,8 Mill. Mark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 9,8 Mill. auf 317 Mill. Mark zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 39,7 Prozent gegen 38,2 Prozent in der Vorwoche. Damit hat sich die Notendeckung wieder fast der Normalquote von 40 Prozent angenähert.

— Die in der Mongolei festgehaltenen deutschen „Agenten“ flüchten und Köhler wurden wegen „Spionage“ zu Gefängnis verurteilt! Das Auswärtige Amt ist eifrig um die Freilassung der Verhafteten bemüht.

6 Monate Stillhaltung.

Nach zehntägiger Dauer haben die Baseler Besprechungen über die Frage, was mit den in Deutschland noch vorhandenen kurzfristigen Auslandsguthaben geschehen soll, mit der Unterzeichnung eines Abkommens ihren Abschluß gefunden, das die weitere Verlängerung dieser Kredite um sechs Monate empfiehlt. Da die Frist am Tage der Unterzeichnung zu laufen beginnt, werden also die ausländischen Bankiers ihre in Deutschland arbeitenden Gelder frühestens im Februar 1932 zurückziehen können, sofern die Zentralnotenbanken die dafür gestellte Voraussetzung — gleichzeitige und gleichwertige Verlängerung des Notenbankkredits von 420 Millionen an die Reichsbank — erfüllen.

Die deutschen Vertreter in Basel haben sich im Interesse der notwendigen Klarheit eifrig um eine formelle Zusage der Notenbanken bemüht, doch haben sie damit keinen Erfolg gehabt, weil die Vertreter der Zentralbanken sich darauf berufen haben, daß ihre Banken allgemein Kredite nur für die Dauer von drei Monaten einräumen dürfen. Doch das ist vielleicht nur ein Schönheitsfehler und für die Wirksamkeit der Stillhaltung ohne Bedeutung. Statt einmal um sechs Monate, werden die Notenbanken Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens den Ueberbrückungskredit eben zweimal um je drei Monate verlängern.

Die Gesamtsumme der kurzfristigen Auslandsgelder, die so der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleiben, wird von den Bankiers auf fünf bis sechs Milliarden Mark veranschlagt. So begrüßenswert es nun ist, daß einer weiteren Zurückziehung ausländischer Guthaben ein fester Riegel vorgeschoben worden ist, so töricht wäre es andererseits, wollte man dieses Ergebnis als einen Gewinn feiern. Tatsächlich bedeuten die Baseler Beschlüsse nichts weiter als eine Stabilisierung des jetzigen deutschen Kreditvolumens, ohne daß uns für die Verluste an Betriebsmitteln, die wir dadurch erlitten haben, daß im Mai und Juni große Beträge aus Deutschland zurückgezogen wurden, ein Ersatz geboten wird. Damit müssen die sechs Monate Stillhaltung, die jetzt beginnen, in Deutschland zu einer Zeit stärkster Aktivität werden. Wir müssen einmal die Umstellung der Ausgabenpolitik des Staates, der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaft selbst auf die verkleinerte Gelddecke durch eine Politik der Einsparungen energisch durchführen, und zum anderen müssen wir durch eine Politik der Selbsthilfe die Summe des späteren Anleihebedarfs möglichst herabdrücken, weil neues Auslandsgeld nur zu schweren Bedingungen zu haben sein wird und diese Bedingungen um so drückender ausfallen werden, je höher und je dringender der deutsche Geldbedarf ist.

Hat uns die Verschuldung an das Ausland bisher schon empfindliche Nachteile gebracht, so wird das erst recht fühlbar werden, wenn die Revision des Youngplans und gleichzeitig die Frage der allgemeinen Abrüstung als wichtigste Punkte offiziell auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt werden. In dieser Zeit kann uns die Krücke der Auslandsanleihe zu einer sehr schweren Fessel werden. Bleibt somit das Ziel der deutschen Finanzpolitik die Verrückung der finanziellen Abhängigkeit vom Ausland, so versteht es sich freilich von selbst, daß diese Umkehr nicht von heute auf morgen und mit einem gewaltigen Sprung erfolgen kann. Die Abwicklung der kurzfristigen deutschen Auslandsverschuldung muß vielmehr geordnet und allmählich erfolgen, und da der erste Überlaß bereits zu groß gewesen ist, hat der Patient für die nächste Zeit zumindest Anspruch auf die Unterstützung seiner Selbsthilfebemühungen durch das Ausland. Auch darf Deutschland vom Ausland erwarten, daß es nicht durch eine Politik der Engstigkeit und der Illusion den Erfolg der nationalen Hilfsaktion wieder entwertet.

Es würde uns daher freuen, wenn der Bericht der Baseler Sachverständigen, dessen Veröffentlichung für die nächsten Stunden zu erwarten ist, auch die Notwendigkeit einer Revision des Vertragswerks anerkennen würde, dessen Durchführung die wirtschaftliche Unordnung in der Welt so entsetzlich vergrößert hat. Gemeint ist hier der Youngplan, der das mit dem durch ihn erstellten Dawesplan gemeinsam hat, daß er Deutschland zu Tributzahlungen verpflichtete, die die deutsche Kraft zur Aufbringung und gleichzeitig die Fähigkeit zur störungsfreien Aufnahme unwirtschaftlicher Zahlungen der übrigen Staaten überfordert hat. Hat das Uebergreifen der deutschen Finanznot auf England und der allgemeine Rückgang der Einfuhr nach Deutschland jetzt wenigstens allen Hirnen die Erkenntnis eingehämmert, daß der Wohlstand nicht eingetauscht werden kann, sondern daß, wenn die Weltwirtschaft einen Aufschwung nehmen soll, alle Länder vorwärtschreiten müssen? Findet diese Erkenntnis auch in dieser Stunde noch nicht in Handlungen ihren Ausdruck, dann wird die Welt noch weitere nationalökonomischen Schnellkure von der Art, wie sie uns der Juli gebracht hat, durchmachen und dabei ein beträchtliches Vergeßgeld entrichten müssen.

Im Interesse der ruhigen Fortentwicklung der europäischen Lage ist zu wünschen, daß diese Gefahren rechtzeitig abgewehrt werden; das aber ist nur möglich, wenn die sechs Monate Stillhaltung der Banken in der Politik — auch in der internationalen — zu einer Epoche stärkster Aktivität werden.

Die Arbeitszeitverkürzung.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen im Arbeitsministerium.

Auf Grund der von der Reichsregierung durch Notverordnung erteilten Ermächtigung zur Verkürzung der Arbeitszeit erhalten vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit verschiedenen Industrien über die Möglichkeiten einer Arbeitszeitverkürzung unter neuen Umständen von Arbeitern stattgefunden. Diese Verhandlungen haben inzwischen erste Ergebnisse gezeigt. So ist in der Kalk- und Steinindustrie eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der die regelmäßige Arbeitszeit vierzig Stunden wöchentlich beträgt; jeder Betrieb ist verpflichtet, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden im gleichen Ausmaße neue Arbeitskräfte einzustellen. Diese Vereinbarung ist allen Bezirks- und Ortsverbänden sowie den Einzelwerten zur Zustimmung dringend empfohlen worden. In der Zementindustrie konnte ebenfalls in einer Reihe von Betrieben die vierzigstündige Arbeitswoche unter Neueinstellung von Arbeitern eingeführt werden. In anderen Industrien sind die Verhandlungen noch im Gange.

Weitere Gehaltskürzung?

Die Beratungen der Länderminister in Oldenburg.

Oldenburg, 18. August. Am Dienstag fand im oldenburgischen Staatsministerium eine Besprechung der Länderminister der mittelländischen und norddeutschen Länder statt, die sich in der Hauptsache mit der finanziellen Lage befaßte und von dem oldenburgischen Ministerpräsidenten Kassebohm geleitet wurde. Es wurde beschlossen, eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, die der Reichsregierung den Ernst der Lage der kleinen Länder darlegen soll. Ueber die Sitzung, die von 15.30 Uhr bis 20 Uhr dauerte, wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Die heute in Oldenburg tagende Länderkonferenz, an der die Regierungen der Länder Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Vorpommern, Mecklenburg-Strelitz, Lippe, Schaumburg-Lippe teilnahmen, befaßte sich in eingehender Aussprache mit der steigenden finanziellen Notlage, besonders mit der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung der Kassenlage der Länder und Gemeinden, die sofortiger Abhilfe bedarf. Da die Länder nach übermäßigen Einsparungen bei allen sachlichen Ausgaben nicht glauben, auf diesem Gebiet weitere Ersparnisse machen zu können, wurde eine Abordnung beauftragt, der Reichsregierung den hohen Ernst der Lage darzustellen und auf sofortige Maßnahmen des Reiches zur Erleichterung der Lage der Länder zu dringen. Es soll hierbei ganz besonders die Aufmerksamkeit des Reiches darauf gelenkt werden, welchen Bedenken es unterliegt, wenn es den Ländern überlassen wird, von sich aus weitere Gehaltskürzungen vornehmen zu müssen. Als weiterer ganz vorwiegend wurde angesehen die Frage der kurzfristigen Kredite, der Wiederherstellung der Rentabilität der Holzwirtschaft und besonders bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiete der Fürsorge für die Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.“

Befoldungskürzung

in Berlin ab 1. Oktober.

Zwischen der Reichshauptstadt und dem Oberpräsidenten der Mark Brandenburg ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Der Oberpräsident hat die Zahlung von Zuschüssen zu den Wohlfahrtsausgaben der Stadt Berlin, für die er einen besonderen Fonds zur Verfügung hat, vorläufig eingestellt und den Magistrat aufgefordert, die Berliner Befoldungsordnung spätestens bis zum 1. Oktober nach seinen Vorschlägen abzuändern. Oberbürgermeister Dr. Sahm hat darauf die Vertreter der Beamtenchaft und die Führer der Stadtverordnetenfraktionen zusammenberufen und mit ihnen die Frage besprochen.

Die Beanstandung der städtischen Befoldungsordnung erfolgte, weil nach Auffassung des Oberpräsidenten zahlreiche Beamtengruppen im Vergleich zu denselben Gruppen im Reich zu hoch besoldet sind. Da die Stadt Berlin durch die wachsenden Wohlfahrtslasten schon an und für sich in eine schwierige Lage geraten ist, kann sie natürlich auf die Reichs- und Staatszuschüsse aus jenem Fonds nicht verzichten. Die Abänderung der Befoldungsordnung gilt daher als wahrscheinlich.

— Berlin, 18. August. Der Oberbürgermeister von Berlin hat nunmehr mit Wirkung vom 1. Oktober die Befoldungskürzung der Beamten und Angestellten verfügt und zwar bis zum 31. Dezember 1931 nicht mehr als 5 v. H. und vom 1. Januar bis 31. März 1932 nicht mehr als 7 v. H. der bisher zuständigen befoldungsplanmäßigen Bezüge (ohne Berücksichtigung der reichsrechtlich angeordneten allgemeinen Kürzungen). Die über den Betrag von 7 v. H. hinausgehende Herabsetzung soll erst am 1. April 1932 in Kraft treten.

Der Oberbürgermeister hat bereits dem Beamtensrat und den Gewerkschaften von seiner bevorstehenden Anordnung Kenntnis gegeben und den Führern der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung gemacht.

Die Baseler Beratungen.

Die Einigung auf dem Marsche.

Basel, 19. August. Die Sitzung der Stillehaltendelegierten bei der B. J. Z. wurde um 21 Uhr wieder aufgenommen, ebenso die der Finanzsachverständigen. Bald darauf sieht man aber die Delegierten wieder im Sitzungssaal in Gruppen beisammen stehen oder draußen auf dem Korridor wandeln, während Dr. Melchior fortwährend mit dem, wie es heißt, in Berlin zusammengetretenen Kabinett telephonisch verhandelt. Ein deutscher Delegierter erklärte, es liege ein Kompromißvorschlag Dr. Luthers vor und es bestehe Hoffnung, daß er angenommen werde. Um 23 Uhr erschien Dr. Melchior wieder im Saal. Die Delegierten versammelten sich um ihn herum, um seinen Bericht anzuhören. Bald darauf sieht man ihn im Gespräch mit dem schweizer Delegierten Bindschedler und mit dem Franzosen Moreau. Letzterer bespricht sich dann mit dem zweiten französischen Delegierten. Um 23.15 Uhr begibt sich Dr. Melchior wieder zu neuen Telefongesprächen in die oberen Büroräume und die Sitzung wird wieder auf einige Zeit unterbrochen. Zur Stunde, um 23.30 Uhr, hat sie noch nicht wieder begonnen. Wie von deutscher Seite soeben versichert wird, ist die Einigung aber auf dem Marsche. In der Frage der ausländischen Markguthaben seien nur noch einige Nebenpunkte zu regeln. Sobald die Stillehaltendelegierten das Abkommen vollzogen haben werden, wird auch die Unterzeichnung des Dayton-Berichts der Finanzsachverständigen stattfinden können. Man erwartet, daß dies am Mittwoch früh gegen zwei Uhr der Fall sein wird. Die Veröffentlichung des Berichts durch die B. J. Z. soll dann unmittelbar darauf erfolgen.

Reichsbankfiliale überfallen.

Ein Kassierer lebensgefährlich verletzt. — Die Räuber mit 20 000 Mark entkommen.

— Berlin, 19. August.

Auf die Ecke Innsbrucker- und Vohbergstraße in Berlin-Schöneberg gelegene Reichsbankfiliale wurde von bewaffneten Banditen ein frecher Überfall verübt. Gegen 12.15 Uhr fuhren zwei Männer mit Fahrrädern bei der Reichsbankfiliale in der Innsbrucker Straße 35 vor. Beim Betreten der Schalterräume legte einer der Männer eine Maske an, und beide eröffneten sofort das Feuer auf die Kassierer. Der Unmaskeierte sprang über die Barriere, die den Schalterraum von dem Publikumsraum trennt, und versuchte das herumliegende Geld zusammenzuraffen. Ihm stellte sich der Kassierer entgegen, der inzwischen zur Pistole gegriffen hatte, und es kam zu einem Ringkampf, bei dem dem Kassierer die Pistole aus der Hand geschlagen wurde. Der Räuber raffte etwa 20 000 Mark in Geldscheinen zusammen, stopfte sie in eine dastehende Tasche und versuchte den Rückzug anzutreten. Dabei wurde er nochmals von dem Kassierer und dem Obergeldzähler Karl Krenge angegriffen, die ihn den Rückzug abbrechen wollten. Der Begleiter schob daraufhin nochmals scharf und verletzte den Obergeldzähler durch einen Bauchschuß schwer. Es gelang dann den beiden Räubern die Filiale zu verlassen. Sie schwangen sich auf die Räder und ergliffen die Flucht.

Passanten, die durch die Schießerei aufmerksam wurden, nahmen sofort die Verfolgung auf, konnten jedoch nichts ausrichten, da die Räuber auch bei der Verfolgung mehrere Schüsse abgaben. Auch auf der Straße „Am Park“ hielten sich die Flüchtlinge der Verfolger durch mehrere Schüsse vom Leibe und konnten auf diese Weise entkommen.

Die Schüsse in der Reichsbank sind weithin gehört worden und lockten ebenso wie der gewaltige durch das Auslösen der Alarmanlage verursachte Lärm eine große Menschenmenge an. Insgesamt sind neun Schüsse in der Bank abgefeuert worden. Anwesend waren während des Überfalls der Vertreter eines großen Industrieunternehmens, ein oder zwei weitere Kunden sowie acht Unaeftelte.

Der Überfall spielte sich mit Blitzschnelle ab. Von den Schüssen, die die Räuber auf der Flucht abgaben, ist u. a. ein siebenjähriges Mädchen, das sich auf dem Heimweg aus der Schule befand, in die Schulter getroffen worden. Ein Unfall ereignete sich bei der Verfolgung dann noch dadurch, daß der Kassierer Kruse, der die Räuber in einem Kraftwagen stehend verfolgte, die Waffe in der Hand, in einer Kurve zu Fall kam und dabei den Chauffeur durch einen Streifschuß verletzte. Der Autolenker verlor zwar trotzdem, weiterzufahren, aber inzwischen waren die Räuber auf ihren Fahrrädern bereits verschwunden. Auf der Flucht verloren die Räuber 3000 Mark, die der Reichsbankstelle wiederzugestellt wurden.

Eine rasche Geldzahlung ergab, daß sich die geraubte Summe auf ungefähr 20 000 Mark belief, während etwa eine halbe Million in gebündelten Scheinen und sehr viel Silbergeld im Kassenraum zurückblieben. Im Kassenraum selbst sind durch die Einschüsse die Wände beschädigt und mehrere Glasscheiben zertrümmert worden, auf der Straße während der Verfolgung sollen annähernd 30 Schüsse gefallen sein.

Auf die Ergreifung der Täter hat die Direktion der Reichsbank eine Belohnung in Höhe von 3000 Mark ausgesetzt.

London jubelt Zeppelin zu.

Herzliche Aufnahme des Luftschiffes in England. — Telegrammwechsel mit dem französischen Luftfahrtministerium. — London, 19. August.

„Zepp“ auf dem Wege nach London! — Haltet Ausschau nach dem Zepp! — Schleuderten festgedruckte Straßenschilder den Hunderttausenden entgegen, die um 6 Uhr ihre Büros verließen und nach Hause zurückkehrten. Alles suchte den grauen Himmel ab, als plötzlich das Surren von Propellern von Begleitflugzeugen, das Herannahen des silbernen Riesen ankündigte, der in schneller Fahrt so niedrig fliegend, daß der Name „Graf Zeppelin“ mit dem bloßen Auge lesbar war, unter dem allgemeinen Jubel auf die St. Pauls Kathedrale zusteuerte, von dort verschwand das Luftschiff in Richtung des Flugplatzes Hanworth, wo alle Vorbereitungen zum Empfang getroffen waren.

Die Landung in Hanworth. — Start zum Rundflug.

Auf dem Flugplatz Hanworth, wo „Graf Zeppelin“ eine Zwischenlandung vornahm, hatte sich zur Begrüßung eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, die den deutschen Gästen stürmische Huldigungen darbrachte.

Die Begeisterung nahm derartige Formen an, daß die Abperrmannschaften vom Platz hinweggeführt wurden. Mit ausgespannten Seilen mußten die Massen langsam wieder zurückgedrängt werden. Dr. Edener, der in der Tür der Gondel stand, winkte den Engländern herzlich zu, lehnte es aber ab, das Luftschiff zu verlassen. Man reichte darauf Dr. Edener das Mikrophon in die Gondel hinauf, damit er einige Worte an die englischen Rundfunzhörer sprechen konnte.

Nach eineinhalbstündigem Aufenthalt startete das Luftschiff zu dem großen Rundflug über England.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag nachmittag 5 Uhr: „Jungchar“. Alle 10- bis 14-jährigen Schülerinnen laden ich zum frohen Beisammensein bei mir, Sareptaweg 6, herzlich ein. Schwester Martha.

Donnerstag 8 Uhr Singabend.

— Am Donnerstag, 20., und Freitag, 21. August, bleibt die Apotheke des Umbaus wegen geschlossen.

— Weihnachtspakete für Usambara und Bukoba bitten wir uns rechtzeitig ins Missionshaus zu senden, und zwar für Bukoba bis spätestens 10. September, für Usambara bis spätestens 10. Oktober.

Zu jedem Paket ist ein Inhaltsverzeichnis mit Wertangabe der einzelnen Gegenstände (nicht zu hoch) erforderlich.

— Wo kann auf längere Zeit ein Kleiderschrank aufgestellt werden? Näheres im Telefonamt.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einwerfen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 96 Pfg. Bestellschein. Nichtzutreffendes streichen.

Meinmädchen

nicht unter 20 J., nur mit besten Zeugnissen, zum 1. Oktober oder früher gesucht.

Frau Pastor Weinhold, Herford, Münsterplatz 3.

Bediener Maschinenkloster, 22 Jahre, mit besten Zeugnissen, christlich geformt, sucht

Stellung

irgendwelcher Art, Anstalt bevorzugt. Anfragen an: Ev. Pfarramt, Groß-Bieberau (Odenwald)

Tüchtige, erfahrene Kinderärztin (Kraut. gepr.) nimmt Kinder in gute, liebevolle Pflege und individuelle gewissenhafte Erziehung. Gesunde Lage am Rhein. Mäßiger Preis. Offerten unter B. G. 4 an d. Geschäftsstelle d. B. I.

Gläubiger junger Mann, 21 J. alt, Bolkswaise, sucht

Stellung

in der Landwirtschaft, kann alle vorerwähnten Arbeiten, ist guter Viehpfleger. Sucht eine Stelle nur bei gläubigen Leuten oder in christl. Heim. Gest. Angeb. sind zu richten an die Geschäftsstelle d. B. I. unter A 1802.

Geb. Fräulein

48 J., sucht Stelle in kl. christl. Haush. oder bei alt. Herrn, wo Hilfe vorh., f. kinderl. bei beschr. Ansprüchen. Beste Zeugn. vorh. Angebote unter A 1804 an die Geschäftsstelle d. B. I. erbeten.

Zum 1. September tüchtiges Mädchen gesucht. Bielefeld, Falk-Str. 3.

Zurück!

Dr. Strathmann Facharzt für Haut- und Nervenleiden Bielefeld, Herforder-Straße 24

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheitsruhe unter dem Wohl Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekt kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Bienen-Honig

Durch Kontrolle des vereinigten Bienenvereins Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines Bienen-Honigs garantiert. Dose 9 Pfd. netto 10.40 RM, vorwiegend Ake-Bienenhonig 12.20 RM, halbe Dose 5.20 RM und 6.90 RM, 1/2 Pfd. netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachh. 80 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme. Krieger, Borgele 2, Kr. Sögel.

Dieser Honig ist auch in Späth. vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in gelstiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßigen Preisen im

Erholungsheim

Haus Friedensruh in Laufen/Eyach, O. A. Balingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Ernst Münch, Brackwede

Hauptstraße 81



Silber-Bestecke

aller Fabrikate

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Edwards-Haus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung. Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.